

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 68. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 14. Mai 2009

**1. Abgeordnete
Frank Puchtler und
Barbara Schleicher-
Rothmund (SPD)**

Aktueller Stand des Projekts Nürburgring 2009

Der Finanzminister hat in den beiden letzten Landtagssitzungen über den aktuellen Anlauf zur Privatisierung der von der Nürburgring GmbH errichteten Immobilien berichtet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche wirtschaftlichen Vorteile verspricht sich die Nürburgring GmbH von der Privatisierung?
2. Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche und Verhandlungen der Nürburgring GmbH zu den Finanzierungen?
3. Werden die Baumaßnahmen der Nürburgring GmbH und diejenigen des privaten Partners bis zum Formel-1-Wochenende abgeschlossen sein?
4. Wie viele Arbeitsplätze werden aus heutiger Sicht durch das Projekt Nürburgring 2009 am Nürburgring zusätzlich entstehen und wie viele Personen sind bereits eingestellt worden?

**2. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Josef Keller (CDU)**

Belastbarkeit der Daten der Landesregierung zum Unterrichtsausfall an rheinland-pfälzischen Schulen

Die Schulelternvertretungen aller Ludwigshafener Gymnasien haben anhand der schulischen Daten den tatsächlichen temporären und strukturellen Unterrichtsausfall errechnet. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass 13,6 Prozent des Unterrichts an den Ludwigshafener Gymnasien ausfallen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung die Differenz von etwa acht Prozent zwischen den Zahlen der Ludwigshafener Elternvertreter und den von der Landesregierung erhobenen Daten zum strukturellen und temporären Unterrichtsausfall?
2. Ist auch an anderen Schulen mit solch divergierenden Zahlen zwischen dem tatsächlichen Unterrichtsausfall und den Erhebungen des Ministeriums zu rechnen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Einschätzung der Schulelternvertreter aller Ludwigshafener Gymnasien, dass Gymnasien strukturell benachteiligt würden?
4. Welche konkreten Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um dem hohen Unterrichtsausfall an den rheinland-pfälzischen Gymnasien zu begegnen?

**3. Abgeordnete
Günter Eymael und
Thomas Auler (FDP)**

Reaktivierung der Hunsrückbahn

Im Zuge des Wachstums des Flughafens Frankfurt-Hahn wurde eine Passagierzahl von rund acht Millionen Personen pro Jahr prognostiziert. Aus diesem Grund kommt der schnellen Inbetriebnahme einer Schienenverbindung zwischen dem Hunsrück-Flughafen und dem Rhein-Main-Gebiet eine sehr hohe Bedeutung zu. Dementsprechend wurde die Reaktivierung der Hunsrückbahn zwischen Langenlonsheim über Simmern und Büchenbeuren bis zum Hahn beschlossen.

Vor dem Hintergrund einer komplett veränderten Gesamtlage, wie zurückgehender Passagierzahlen und einem stark gebremsten Wachstum des Hunsrück-Airports, u. a. wird auch das angestrebte Flughafensystem zwischen Frankfurt-Hahn und Frankfurt/Main nicht mehr weiter verfolgt, fragen wir die Landesregierung:

1. Inwieweit verfolgt die Landesregierung weiterhin die Reaktivierung der Hunsrückbahn zwischen dem Flughafen Hahn und Langenlonsheim?
2. Wie ist der aktuelle Stand der Planungen im Hinblick auf die wegfallenden Bahnübergänge, den Neubau von Gleisanlagen verbunden mit allfälligen Lärmschutzmaßnahmen sowie der Realisierung der sogenannten Gensinger Spange?
3. Welche grundsätzlichen Einwendungen gibt es seitens der Anwohner gegen den Ausbau der Hunsrückbahn?
4. Wie stellt sich die detaillierte Kostensituation für die einzelnen Maßnahmen derzeit dar?

**4. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)**

Finanzierung des Konjunkturpakets II durch die Länder

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es nach Kenntnis der Landesregierung zu, dass ein großer Teil der Bundesländer in der Lage ist, den Landesbeitrag zur Finanzierung des Konjunkturpakets II ohne eine Erhöhung der Neuverschuldung zu finanzieren?
2. Trifft es nach Kenntnis der Landesregierung zu, dass ein großer Teil der Länder in den Jahren bis 2008 Haushaltsüberschüsse bilden konnte, die jetzt auch zur Finanzierung des Konjunkturpakets eingesetzt werden können?
3. Aus welchen Gründen gelang es in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu zahlreichen anderen Bundesländern in den vergangenen Jahren nicht, den Haushalt auszugleichen und neue Finanzierungsspielräume zu schaffen?
4. Welche Schritte hält die Landesregierung für notwendig, um auch Rheinland-Pfalz für kommende Jahre in die Lage zu versetzen, konjunkturelle Stützungsmaßnahmen ohne Erhöhung der Neuverschuldung zu finanzieren?

**5. Abgeordnete
Monika Fink,
Thorsten Wehner,
David Langner und
Fritz Presl (SPD)**

Biokraftstoffe, Biodiesel und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe wurde in Rheinland-Pfalz Biokraftstoff (in Reinform) von wie vielen landwirtschaftlichen Betrieben bzw. Ölmühlen nach Kenntnis der Landesregierung in den letzten Monaten produziert?
2. In welchem Umfang wird reiner Biokraftstoff nach Kenntnis der Landesregierung derzeit in der Landwirtschaft im Land genutzt?
3. Wie viele Arbeitsplätze hängen nach Kenntnis der Landesregierung von der Produktion von Biokraftstoffen (Ölmühlen und Biodieselanlagen) im Land ab?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die derzeitige Situation der Ölmühlen?

**6. Abgeordnete
Alexander Licht und
Hans-Josef Bracht (CDU)**

Entwicklung des Flughafens Hahn

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich im 2. Halbjahr 2008 und im 1. Quartal 2009 die Zahl der Passagiere, die Frachtmengen und die finanziellen Erträge am Flughafen Hahn entwickelt?
2. In welchem Umfang wurde in diesem Jahr Kurzarbeit am Flughafen eingeführt?
3. Welche Perspektive für die Beschäftigung am Flughafen Hahn sieht die Landesregierung für dieses Jahr?
4. Welchen Inhalt hat das bereits im Februar 2009 angekündigte Entwicklungskonzept für den Flughafen Hahn?

**7. Abgeordneter
Thomas Auler (FDP)**

Einführung des Digitalfunks für Polizei und Rettungsdienste in Rheinland-Pfalz

Die bundesweite Einführung des Digitalfunks für Rettungskräfte und Polizei soll den veralteten, störanfälligen und nicht abhörsicheren Analogfunk ersetzen. Der ursprüngliche Start der neuen Technik war für 2006, dann 2010 geplant.

Wie aus der aktuellen Presse zu entnehmen ist, kommt es nun aufgrund verschiedener finanzieller Gegebenheiten zu weiteren Verzögerungen, nachdem bereits im April 2009 in Rheinland-Pfalz eine Basisstation errichtet worden ist und im Landeshaushalt für 2009/2010 Mittel in Höhe von 45,6 Millionen Euro vorgesehen sind.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Folgen der Verzögerung für die Arbeit der rheinland-pfälzischen Polizei- und Rettungskräfte ein?
2. Welche voraussichtlichen zusätzlichen Kosten entstehen dem Landeshaushalt bei der Einführung durch diese erneute Verzögerung über die bisher veranschlagten Mittel hinaus
 - a) hinsichtlich der Einführung der digitalen Infrastruktur selbst,
 - b) in personeller und organisatorischer Hinsicht durch die unplanmäßig längere Beibehaltung eines veralteten Funkstandards und aufgrund dessen unausgeschöpft bleibender Synergiepotenziale?

**8. Abgeordnete
Monika Fink und
Thorsten Wehner (SPD)**

Milchpreisentwicklung und Situation der Milchviehbetriebe in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich Milchpreis bzw. Milcherzeugerpreise in den letzten zwölf Monaten im Land entwickelt?
2. Hatten die beiden zurückliegenden Milchgipfel des Bundeslandwirtschaftsministeriums nach Kenntnis der Landesregierung Einfluss auf die Milchpreise?
3. Welche Liquiditätshilfen können von Milchviehbetrieben in Anspruch genommen werden?
4. Wie viele Milchviehbetriebe mussten nach Kenntnis der Landesregierung in den letzten Monaten im Land ihren Betrieb bereits aufgeben?

**9. Abgeordnete
Herbert Schneiders und
Thomas Günther (CDU)**

Illegale Schufa-Abfragen bei der Wohnungsbaugenossenschaft Oppenheim

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass die Wohnungsbaugenossenschaft Oppenheim unzulässige Schufa-Abfragen getätigt hat?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass der sog. „Oppenheimer Datenskandal“ durch den Oppenheimer Bürgermeister und Wohnbau-Aufsichtsratschef umfassend und zügig genug aufgeklärt wird?
3. Sind der Landesregierung weitere Fälle in Rheinland-Pfalz bekannt, in denen in ähnlicher Weise unzulässige Schufa-Abfragen durch stadtnahe Unternehmen getätigt wurden?
4. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass es sich hier um ein Problem grundsätzlicher Natur handelt und welche Konsequenzen zieht sie ggf. daraus?

**10. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Dr. Axel Wilke (CDU)**

Umgang der Landesregierung mit posthumer Güssen im Landesbesitz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Bei wie vielen der 44 Arp-Plastiken im Landesbesitz handelt es sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Landesregierung um posthume Güsse; bei wie vielen der Plastiken im Landesbesitz ist die wissenschaftliche Einordnung noch nicht abgeschlossen?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung aller im Arp-Untersuchungsausschuss vernommenen Experten und der Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst, dass es sich bei einem posthumer Guss – unabhängig von dessen tatsächlichem Marktwert – jedenfalls nicht um ein „Original“ im urheberrechtlichen und kunstwissenschaftlichen Sinne handelt?
3. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung vor diesem Hintergrund aus dem Umstand, dass jeder einzelne Kaufvertrag für die Arp-Plastiken der Landessammlung einen Garantievertrag enthält, nach dem es sich bei den durch das Land gekauften Kunstwerken ausschließlich um Originale handeln soll und der dem Land ein 30-jähriges Rückgaberecht für Fälle einräumt, in denen Zweifel an der Originalität der erworbenen Kunst entstehen?

**11. Abgeordnete
Margit Mohr und
Frank Puchtler (SPD)**

Tätigkeit des Mittelstandslotsen für die kleinen und mittleren Unternehmen im Land

Gerade in einer Zeit schwieriger konjunktureller Entwicklung kann die Arbeit des Mittelstandslotsen den kleinen und mittleren Unternehmen im Land von besonderem Nutzen sein. Das Angebot des Mittelstandslotsen Günther Knödler als Mittler zwischen Wirtschaft und Verwaltung wurde seit seinem Amtsantritt von Unternehmen vielfach nachgefragt und sehr positiv eingeschätzt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen konnte der Mittelstandslotse in den letzten sechs Monaten zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen im Land tätig werden bzw. helfen?
2. Inwiefern konnte der Mittelstandslotse bisher vermittelnd helfen, um die Finanzierungsbasis der kleinen und mittleren Unternehmen im Land zu stärken?
3. Wie arbeiten Mittelstandslotse, Koordinierungsstelle, ISB und Landesregierung zusammen, um dem Mittelstand im Land bestmögliche Unterstützung zu gewähren?

**12. Abgeordneter
Ralf Seekatz (CDU)**

Haltung der Landesregierung zur Abschaffung der Jagdsteuer vor dem Hintergrund der Jagdsteuer-Protestaktion des Landesjagdverbandes Rheinland-Pfalz

Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz hat eine Unterschriftenaktion zur Abschaffung der Jagdsteuer gestartet. Damit protestiert er gegen die Weigerung der Landesregierung, die Jagdsteuer abzuschaffen. Diese Abschaffung wurde auch in Anträgen der CDU-Fraktion bereits mehrfach gefordert. Die Anträge wurden von der Landesregierung aber nicht unterstützt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Verschließt sich die Landesregierung weiterhin den Forderungen der Jägerinnen und Jäger in Rheinland-Pfalz nach Abschaffung der Jagdsteuer?
2. Inwieweit sieht sie in der Protestaktion des Landesjagdverbandes einen Anlass, ihre Position zu überdenken?
3. Inwieweit hält die Landesregierung die Jagdsteuer vor dem Hintergrund freiwillig und kostenlos erbrachter Leistungen der Jägerschaft für die Allgemeinheit in Rheinland-Pfalz noch für angebracht?
4. Stellt eine Kompensation für die bei Abschaffung der Jagdsteuer entfallenden Einnahmen der Kommunen durch die Landesregierung wirklich ein unüberwindbares Hindernis dar?

**13. Abgeordnete
Fredri Winter und
Michael Hüttner (SPD)**

Bilanz Tourismusstrategie 2015

Der Tourismus hat in Rheinland-Pfalz eine hohe wirtschaftliche Bedeutung, wie sich beispielsweise an den hohen Gästezahlen ablesen lässt. Mit der „Tourismusstrategie 2015“ wurde für Rheinland-Pfalz ein Konzept der Tourismuspolitik für die kommenden Jahre erarbeitet, das das touristische Marketing auf der Grundlage einer Konzentration auf spezifische Strategiefelder noch prägnanter profiliert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Gäste- und Übernachtungszahlen für Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren entwickelt?
2. Welche Mittel sind für die Entwicklung des Tourismus in den Landeshaushalt eingestellt?
3. Welche neuen Maßnahmen, Projekte oder Produkte (Wander- und Radwege, Online-Plattform etc.) konnten auf Grundlage der neuen Tourismusstrategie inzwischen initiiert werden?
4. Welche Zwischenbilanz zieht die Landesregierung nach nunmehr einem Jahr „Tourismusstrategie 2015“?

14. Abgeordnete
Frank Puchtler,
Margit Mohr und
Heribert Heinrich (SPD)

Werbekampagne der Bundesregierung zu den Konjunkturprogrammen

Die Bundesregierung hat in den letzten Wochen das Konjunkturprogramm I und das Konjunkturprogramm II mit zwei Anzeigen im Printbereich beworben. Hierzu wurden Haushaltsmittel im einstelligen Millionenbereich aufgewandt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Werbekampagne der Bundesregierung zu den Konjunkturpaketen?
2. Finden sich Elemente dieser Werbekampagne auch in den Vorschriften der Bundesregierung über Bauschilder in den Ländern wieder?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Werbekampagne der Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass diese mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden war?

15. Abgeordnete
Bernhard Henter und
Anke Beilstein (CDU)

Kosten der Schulstrukturreform für die Kommunen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Können zum derzeitigen Planungsstand schon Aussagen darüber getroffen werden, was die Schulstrukturreform die Kommunen für Um-, Aus- und Neubaumaßnahmen kosten wird?
2. Sieht die Landesregierung diese Kosten vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen für gerechtfertigt an?
3. Wie soll der Finanzausgleich im Hinblick auf die unterschiedlichen Träger von Realschulen plus in den Kreisen gelöst werden?

16. Abgeordnete
Hans Jürgen Noss,
Harald Schweitzer und
Heribert Heinrich (SPD)

Verwaltungsmodernisierung durch eGovernment

Im Rahmen des 8. Multimediakongresses der Landesregierung in Koblenz wurde von allen Expertinnen und Experten auf die enorme Bedeutung und das Potenzial des Themas eGovernment für die öffentliche Verwaltung verwiesen. Im Zuge der Vorbereitung einer Kommunal- und Verwaltungsreform kommt dem eGovernment eine zentrale Bedeutung zu. Durch die Nutzung von eGovernment können Informationen der Behörden schneller und umfassender übermittelt werden. Dies nützt der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern, da sich Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Voraussetzung für umfassende und qualitativ hochwertige eGovernment-Angebote ist eine moderne technische Infrastruktur.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Ziele und Inhalte verfolgt die Landesregierung im Rahmen der Umsetzung ihrer eGovernment-Strategie?
2. Wie ist der Stand der Umsetzung der eGovernment-Strategie?
3. Welche eGovernment-Verfahren und herausragenden Beispiele wurden bereits umgesetzt?
4. Welche Bedeutung hat das Thema eGovernment bei der Kommunal- und Verwaltungsreform?

17. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)

Sauerland-Gruppe plante Anschlag auf Ramstein

Ich frage die Landesregierung:

Was kann die Landesregierung über die Aussage eines Zeugen im Strafprozess gegen die sog. Sauerland-Gruppe hinsichtlich eines geplanten Anschlags auf die Air Base in Ramstein sagen?

18. Abgeordnete

**Jutta Steinruck und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)**

Frauenanteil in Gremien

Der Ministerrat hat am 21. April 2009 ein neues Verfahren zur Besetzung von Gremien des Landes beschlossen, das die gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern zum Ziel hat. Werden neue Gremien gebildet, muss die Stelle, die ein Mitglied entsendet, zukünftig immer einen Mann und eine Frau benennen. Mit der Kopplung von „Reißverschlussverfahren“ und „Doppelbenennungsverfahren“ geht Rheinland-Pfalz damit bundesweit einen neuen Weg.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hoch ist aktuell der Frauenanteil in den Gremien des Landes?
2. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um die geschlechtergerechte Besetzung von Gremien zu verbessern?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den wissenschaftlich nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Geschlechtervielfalt und dem wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen?
4. Welche Maßnahmen für eine verstärkte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen ergreift und unterstützt die Landesregierung?

19. Abgeordnete

**Bettina Dickes und
Anke Beilstein (CDU)**

Studentafel an der Realschule plus

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie verbindlich ist die von der Landesregierung herausgegebene Musterstudentafel für die Realschule plus?
2. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler ausreichend in den einzelnen Fächern der jeweiligen Fachbereiche unterrichtet werden?
3. Dürfen Schulen innerhalb des Kontingents insofern eigene Schwerpunkte bilden, dass ein bestimmtes Unterrichtsfach innerhalb eines Fachbereichs überproportional unterrichtet wird?
4. Wenn ja, wie soll den bei einem Schulwechsel auftretenden Problemen aufgrund verschiedener Studentafeln begegnet werden?

20. Abgeordnete

**Bettina Dickes und
Matthias Lammert (CDU)**

Bildungsstreik 2009

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung unter dem Gesichtspunkt des Verfassungsschutzes zu dem Internetportal Indymedia sowie der Partei die Sozialistische Alternative (SAV)?
2. Wie bewertet die Landesregierung unter dem Gesichtspunkt des Verfassungsschutzes die Initiative Schulaction, die den bundesweiten Bildungsstreik 2009 organisiert, vor dem Hintergrund der Verbindung zur SAV durch den für die Internetseite www.schulaction.org verantwortlich zeichnenden Michael Koschitzki, dem Internetportal Indymedia und weiteren kooperierenden linksextremen Gruppierungen?
3. Besteht die Möglichkeit, dass rheinland-pfälzische Schülerinnen und Schüler für die Teilnahme an den Protestveranstaltungen anlässlich des Bildungsstreiks 2009 vom Unterricht offiziell freigestellt werden?
4. Inwieweit informiert die Landesregierung die rheinland-pfälzischen Schulen über die politischen Verbindungen und Hintergründe der Initiative Schulaction?